(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) abzustimmen. Mit der Nummer 1 der Beschlußempfehlung empfiehlt Ihnen der Ausschuß für Innere Verwaltung, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 10/4436 mit einer Änderung anzunehmen. Wer dieser Empfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. Somit ist die Nummer 1 der Beschlußempfehlung und damit der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD in zweiter Lesung verabschiedet.

In Nummer 2 der Beschlußempfehlung empfiehlt der Ausschuß für Innere Verwaltung, den Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/4338 für erledigt zu erklären. Wer dieser Empfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Damit ist auch die Nummer 2 der Beschlußempfehlung angenommen und der Gesetzentwurf der F.D.P.-Fraktion Drucksache 10/4338 für erledigt erklärt worden.

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Gesetz zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/4630

- (B) Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen Drucksache 10/4845 zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung. Wer wünscht das Wort? - Zunächst Herr Kollege Trabalski. Bitte schön, ich erteile Ihnen das Wort.

Trabalski (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß der Haushalts- und Finanzausschuß bereits am 26. Oktober 1989 dem Gesetzentwurf zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes einstimmig - bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion - zugestimmt hat. In der letzten Woche, am 8. November 1989, konnte sich die F.D.P.-Fraktion leider nicht entschließen, diesen Gesetzentwurf zu unterstützen, obwohl sich auch die CDU-Fraktion eindeutig für die Sicherung des Landeswohnungsbauvermögens ausgesprochen hat.

Die heutige abschließende Beratung dieses Gesetzentwurfs gibt nochmals die Gelegenheit, auf die Argumente einzugehen, die Herr Abg. Tschoeltsch für die F.D.P.-Fraktion in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs vorgetragen hat.

(C) Allen Abgeordneten des Landtags ist der Jahresabschluß der Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes zum 31. Dezember 1988 zugegangen. Danach erreichte das Landeswohnungsbauvermögen einen Stand von 22,291 Milliarden DM. Dabei sind Verpflichtungen aus bewilligten Zuschüssen und Beihilfen von 1,506 Milliarden DM bereits berücksichtigt.

Das Landeswohnungsbauvermögen ist mit Forderungen - vorwiegend des Bundes - in Höhe von 7,114 Milliarden DM belastet, und zwar aus der Förderung aus dem ersten Förderungsweg mit 5,791 Milliarden DM und mit überwiegend Aufwendungsdarlehen des Bundes zur Förderung des steuerbegünstigten Wohnungsbaues in Höhe von 1,292 Milliarden DM. Diese Bundesmittel verbleiben dem Land, solange der soziale Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen vom Land gefördert wird.

Die Wohnungsbauförderungsanstalt hat außerdem noch Auszahlungsverpflichtungen aus Darlehen in Höhe von 2,8 Milliarden DM.

Zur Bedienung der Verpflichtungen aus Schuldscheinen muß die WFA ab 1991

19 Jahre je 200 Millionen DM an die Westdeutsche Landesbank zahlen. Diese Schuldscheine wurden ausgestellt für die Darlehen, die das Land für Auszahlungsverpflichtungen der Wohnungsbauförderungsanstalt aufgenommen hatte und die vor einigen Jahren an die Westdeutsche Landesbank veräußert wurden. Gegenüber dem Land besteht eine weitere Verpflichtung aus Schuldscheinen von 1 Milliarde DM. (D)

Der Anteil des Landes am Landeswohnungsbauvermögen beträgt, wenn man die Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Bund, dem Land und der Westdeutschen Landesbank berücksichtigt, somit noch immer rund 7,6 Milliarden DM.

Dieser Betrag reicht natürlich nicht aus, um die notwendige kontinuierliche Wohnungsbauförderung durch das Land in den nächsten Jahren zu finanzieren. Herr Minister Dr. Zöpel hat in seiner Einbringungsrede mit Recht gefordert, einen Konsens über die Instrumente der Wohnungsbauförderung mit der Finanzplanung des Gesamtstaates herbeizuführen. Da die Länder bei ihren finanziellen Ausstattungen von den Einnahmebeschlüssen des Bundes abhängig sind, muß dieser Konsens im Bundestag und im Bundesrat erreicht werden.

Um den künftigen Finanzbedarf für die Neubauförderung und zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Wohnungsbauförderungsanstalt beurteilen zu können, muß man das Förderungs-

(Trabalski (SPD))

- (A) instrumentarium kennen. Auf Vorschlag der Landesregierung, die dabei das Förderungsprogramm der Bundesregierung berücksichtigt, beschließt der Landtag mit dem Haushalt das Jahreswohnungsbauprogramm. Für das gegenwärtige Jahresprogramm von 24 500 Wohnungen entsteht ein Finanzbedarf von rund 2,4 Milliarden DM.

Die Bewilligungsbehörden, überwiegend die Kreise und die kreisfreien Städte, erhalten einen Bewilligungsrahmen, der bei den Eigentumsmaßnahmen die bis zu einem Stichtag vorliegenden bewilligungsreifen Anträge berücksichtigt. Die Wohnungsbauförderungsanstalt prüft, daß die Förderungsbestimmungen eingehalten sind, und führt bei Bauherren von Miet- und Genossenschaftswohnungen eine Bonitätsprüfung durch, um Kreditrisiken zu Lasten des Landeswohnungsbauvermögens möglichst auszuschließen.

Die bewilligten Darlehen und früher die Aufwendungszuschüsse und Aufwendungsdarlehen werden nach Fälligkeit, bei Darlehen nach dem Baufortschritt, von der Wohnungsbauförderungsanstalt ausgezahlt. Der Auszahlungsbedarf der WFA wird jährlich bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes der Anstalt festgestellt. Das Land ist zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Wohnungsbauförderungsanstalt verpflichtet.

- (B) Leider reichten wiederholt die Zuschüsse des Bundes und des Landes, die Darlehensrückflüsse aus ausgeliehenen Darlehen und die eigenen Erträge der WFA nicht immer dazu aus. Dann mußte sie Darlehen aufnehmen, was auch der Wirtschaftsplan 1989, und zwar in Höhe von 915,2 Millionen DM, vorsieht.

Dieser Wirtschaftsplan erwartet im Geschäftsjahr Ausgaben zur kassenmäßigen Erfüllung einschließlich der Weiterleitung der Fehlbelegerabgabe in Höhe von 2,360 Milliarden DM. Daneben sind Zinsen und Tilgungen für Schuldscheindarlehen in Höhe von 280 Millionen DM aufzubringen.

Dafür stehen nur Rückflüsse aus ausgeliehenen Landes- und Bundesdarlehen in Höhe von voraussichtlich 850 Millionen DM und die Zinserträge aus Darlehen aus dem Landeswohnungsbauvermögen in der erwarteten Höhe von 210 Millionen DM zur Verfügung.

Die Zuweisungen des Bundes und des Landes reichen zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der WFA somit nicht aus. Um eine kontinuierliche Wohnungsbauförderung, die von der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion für notwendig angesehen wird, zu erreichen, wird das Land in den künftigen Haushaltsjahren

seine Zuschüsse an die Wohnungsbauförderungsanstalt wesentlich aufstocken müssen. (C)

Meine Damen und Herren, letztlich ist es eine politische Entscheidung, wieviel öffentlich geförderte Wohnungen in unserem Lande errichtet werden sollen.

Der Deutsche Mieterbund und der Deutsche Gewerkschaftsbund halten ein Programm von jährlich 100 000 Sozialwohnungen angesichts des schon bestehenden Bedarfs an preiswerten Wohnungen und der in diesem Jahr bereits eingetroffenen 300 000 Aussiedler und über 200 000 Übersiedler für unzureichend.

Deshalb habe ich am 18. Oktober den Konsens im wohnungspolitischen Ziel, der am Anfang des Wohnungsbauförderungsgesetzes stand, gefordert. Es müsse doch möglich sein, Klarheit darüber zu gewinnen, wieviel Wohnungen jährlich gebaut werden müssen, um die Schere zwischen Wohnungsnachfrage und Wohnungsangebot wieder zu schließen.

Auch Herr Tschoeltsch bestritt nicht, daß es erforderlich ist, preiswerte Wohnungen für die Wohnungssuchenden durch Belegungsrechte zu sichern. Wir streiten über den Weg, wie dieses Ziel kostengünstig erreicht werden kann. Dabei bezog sich Herr Tschoeltsch auf die Vermutung des Herrn Engels in der "Wirtschaftswoche", daß der Bestand an gehortetem Wohnraum weitaus größer als der derzeitige Nachfrageüberhang sei. Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wer von Ihnen kann angesichts der täglichen Meldungen in den Medien noch an eine solche Vermutung glauben? (D)

Selbst wenn man wissenschaftlichen Baubedarfsrechnungen mit Skepsis begegnet, so muß man sich mit ihnen auseinandersetzen. Nach dem Bericht des "Handelsblattes" vom 9. November 1989 hat das Münchener Ifo-Institut zusammen mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung im Frühjahr dieses Jahres eine gemeinsame Studie "Baubedarfspektiven" abgeschlossen.

Danach ergibt sich bis zum Jahre 2000 ein jährlicher Baubedarf, der im Durchschnitt 36 % über dem Bauvolumen 1987 liegt.

Die Wirtschaftsforscher haben bei der Schätzung des Wohnungsbedarfs die einfache Formel zugrunde gelegt: jedem Haushalt eine Wohnung. Die Differenz zwischen Soll- und Ist-Versorgung bestimmt den Erweiterungsbedarf. Zusätzlich wurden eine Fluktuationsreserve und der Bedarf an Zweit- und Ferienwohnungen berücksichtigt. Auf dieser Grundlage müßten im Jahre 2000 31,4 Millionen Wohnungen zur Verfügung stehen.

(Trabalski (SPD))

- (A) Zur Finanzierung der danach erforderlichen 5,1 Millionen Wohnungen müßten nach den Preisen von 1980 933 Milliarden DM aufgebracht werden. Daneben bestände ein Erhaltungsbedarf für die bestehenden Wohnungen von 933 Milliarden DM.

Nach der Wohnungszählung vom 25.5.1987 betrug der Wohnungsbestand in Nordrhein-Westfalen 7 228 710 Wohnungen. Darin waren nur 101 549 Zweit- und Ferienwohnungen enthalten.

Wieviel Einliegerwohnungen in Zweifamilienhäusern und wieviel Wohnungen durch Ausbau von Dachgeschossen für die Deckung der Wohnungsnachfrage mobilisiert werden können, wird sich zeigen, wenn das Zinszuschußprogramm der Bundesregierung "Senkung der Zinsen der Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau" abgerechnet sein wird.

Ich gehe davon aus, daß zwar die Mittel sehr schnell abgerufen werden und auch durch Ausbau und Neubau Wohnraum entstehen wird. Ich befürchte aber, daß die Wohnungssuchenden, die bei den städtischen Ämtern Schlange stehen, wenig davon haben werden. Erfolgreicher werden die Bemühungen der Kommunen sein, durch Umzugshilfen an die Mieter und Zuschüsse an die Vermieter bestehende Wohnungsreserven zu mobilisieren.

- (B) Am Wohnungsneubau kommen wir somit nicht vorbei. Alle Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, eine mehrjährige Förderung sowohl des steuerbegünstigten als auch des öffentlich geförderten Wohnungsbaus zu erreichen.

Die F.D.P.-Fraktion glaubt noch immer, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß stille Reserven im sozialen Wohnungsbau mobilisiert werden könnten, so daß mehr Geld dem Landeswohnungsbauvermögen zuflüsse. Daß dies eine Illusion ist, zeigt die Entwicklung des Landeswohnungsbauvermögens.

Bei der Gründung wurde der WFA ein Landeswohnungsbauvermögen in Höhe von 7,2 Milliarden DM übertragen. Dank der jährlichen Haushaltsmittelzuweisungen und der 3,4 Milliarden DM Zinsen aus den ausgeliehenen öffentlichen Baudarlehen erreichte es bis Ende 1988 die bereits erwähnte Höhe von 22,3 Milliarden DM. Nach dem Willen der drei im Landtag vertretenen Fraktionen CDU, SPD und F.D.P. sollte damit ein revolvierender Fonds zur Förderung des Baus von Miet- und Genossenschaftswohnungen und von Eigenheimen aufgebaut werden.

(C) Obwohl dies unstrittig war, geriet die Wohnungsbaupolitik immer stärker in die Zwänge der Finanzpolitik. Dr. Zöpel hat am 18. Oktober eindrucksvoll geschildert, daß die Finanzminister des Bundes und der Länder stets einig wurden, wenn sie eine Möglichkeit sahen, Finanzforderungen der Wohnungsbaupolitiker zurückzudrängen. Wenn Sie bedenken, daß neben 1,9 Milliarden DM Kapitalnachlässen, die den Eigenheimbesitzern zugute kamen, bisher von der Wohnungsbauförderungsanstalt über 10,4 Milliarden DM Zuschüsse in Form von Aufwendungsbeihilfen und Aufwendungs- und Zinszuschüssen gewährt wurden, ist es erstaunlich, daß wir über das vorhandene Wohnungsbauvermögen noch verfügen können.

Herr Soënius hat in seiner Rede am 18. Oktober die Vorlage des Gesetzes mit den Worten begrüßt: Spät kommt er, doch er kommt! Er erinnerte daran, daß es nur wenige waren, die sich in der Vergangenheit für die kontinuierliche Fortführung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus ausgesprochen haben.

Heute ist wohl unbestritten, daß das Angebot an preiswertem Wohnraum in einem mehrjährigen Programm des Bundes und der Länder kontinuierlich erweitert werden muß.

(D) Darum fordere ich Sie auf, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf, zu dem Konsens im sozialen Wohnungsbau zurückzukehren. Wir sollten uns einigen, wieviel Wohnungen mit den 30 bis 35 Milliarden DM Steuersubventionen errichtet werden können und wie viele mit öffentlicher Förderung gebaut werden müssen. Ein Jahresprogramm von 100 000 öffentlich geförderten Wohnungen dürfte längst nicht mehr ausreichen. Die Bundesregierung selbst erwartet durch ihre Maßnahmen und mit Unterstützung der Länder 120 000 Neubauwohnungen mit Mietbegrenzung im nächsten Jahr. In der mittelfristigen Finanzpolitik des Bundes und des Landes muß die langfristige kontinuierliche Förderung des sozialen Wohnungsbaus wieder sichtbar werden. Darin müssen auch die Zuweisungen des Landes an die Wohnungsbauförderungsanstalt enthalten sein, die sich aus den Auszahlungsverpflichtungen der gegenwärtigen Programme ergeben.

Ich halte es für ausgeschlossen, daß die Wohnungsbauförderungsanstalt die Verbindlichkeiten aus der Übernahme der Schuldscheine des Landes gegenüber der Westdeutschen Landesbank und auch gegenüber dem Lande bedienen kann. Da in absehbarer Zeit nicht mit einem Rückgang der Nachfrage nach preiswerten Wohnungen zu rechnen ist,

(Trabalski (SPD))

- (A) müssen auch dem Landeswohnungsbauvermögen Darlehen und Aufwendungsdarlehen des Bundes in Höhe von 7,1 Milliarden DM erhalten bleiben.

Wenn die Einkommen steigen, kann die Verzinsung der Aufwendungsdarlehen, die bei den Mietwohnungen bis zum 30. Juni 1991 völlig ausgesetzt und bei den Eigentumsmaßnahmen bis zu diesem Zeitpunkt auf 3 % begrenzt ist, allmählich auf 6 % angehoben werden. Dabei ist selbstverständlich eine soziale, familienfreundliche Regelung erforderlich. Im übrigen wird durch das vom Landtag verabschiedete Gesetz über die Fehlbelegungsabgabe der Subventionsvorteil bei denen abgeschöpft, die ihn nicht mehr benötigen.

Durch die Entscheidung der Landesregierung, die Wohnungseigentumsförderung durch das Land fortzusetzen und das Volumen für 1990 auf 8 500 Wohnungen zu erweitern, werden jährlich mindestens 7 000 Mietwohnungen frei werden. Wir sollten Anreize dazu bieten, daß diese möglichst vollständig denjenigen Wohnungssuchenden zur Verfügung gestellt werden, die auf eine preiswerte Wohnung angewiesen sind. Viele Städte, die entsprechende Zuschüsse gewähren, sind auf dem richtigen Weg.

Bei unserer kritischen Versorgungslage ist Innovation gefragt. Darum müssen wir beides tun: das Landeswohnungsbauvermögen erhalten, möglichst erweitern, und die Reserven in den vorhandenen Wohngebäuden oder für Wohnungsnutzung in umzubauenden Gebäuden erschließen. - Namens der SPD-Fraktion bitte ich Sie, meine Damen und Herren, dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes zuzustimmen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Soénius von der Fraktion der CDU das Wort.

Soénius*) (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Auf die Floskel "Wir bitten im Namen der Fraktion, dem zuzustimmen", die zum Abschluß eines Redebeitrags gehört, kann ich sehr kurz eingehen. Herr Kollege Trabalski, wir stimmen nicht, wie Sie es wünschen, der SPD-Fraktion zu, sondern wir stimmen dem Gesetzentwurf gern zu, da er unseren Vorstellungen inhaltlich voll entspricht, und zwar nicht erst seit heute.

Wir haben über diesen Gesetzentwurf schon im Rahmen der Beratung über den Etat des

Einzelplans 11, soweit er den Wohnungs- und Städtebau angeht, gesprochen. Ich bin fast geneigt, die Anträge, die wir zu der Gesetzesänderung gestellt haben, zu wiederholen. Ich halte das, was Sie eben gesagt haben, Herr Kollege Trabalski, für eine hervorragende Zusammenfassung der Anträge, die wir in den letzten Jahren dazu gestellt haben.

(C)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das ist eine feine Sache. Jetzt kriegen wir sie alle durch!

Meine Damen und Herren! Wir sind in der zweiten Lesung. Wir haben schon in der ersten Lesung erklärt, daß wir dem Gesetzentwurf zustimmen. Ich kann mich deshalb kurz fassen. Ich denke aber, die Zustimmung zu diesem Gesetz darf nicht eine reine Routineangelegenheit sein.

Der Gesetzentwurf hat, wenn man von den Fachleuten absieht, in der Öffentlichkeit überhaupt keine Beachtung gefunden. Beachtet worden ist er sicherlich von den für die Finanzen Zuständigen, weil diesen dadurch Fesseln für die Zukunft angelegt werden, denen sie sich in der Vergangenheit häufig entledigen konnten. Ich sehe die größere Bedeutung dieses Gesetzentwurfes darin, daß sich der Landtag für die Zukunft selbst bindet, das Wohnungsbauvermögen zu erhalten oder sogar zu erweitern. Es ist also mehr, es ist eine Art - so hoffe ich jedenfalls - Signalwirkung, daß wir uns auf das Wesentliche konzentrieren.

(D)

Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, was ich bei der ersten Lesung gesagt habe. Wenn ich eine Hoffnung habe, daß man aus der Entwicklung des letzten Jahres im Wohnungsbau lernt, dann ist es die Hoffnung, daß der Schock bei vielen, die sich manchmal ungerufen zur Wohnungsbaupolitik geäußert haben, dazu geführt hat, daß sie für die Zukunft etwas klüger geworden sind, wenn mal die Konjunktur etwas anders ist.

(Zustimmung des Abg. Schumacher (Kall) (CDU))

Obrigens eine Zwischenbemerkung: Manch einer, der sich heute über den fehlenden Wohnungsbestand erregt, der hat mit Transparenten auf der Straße gestanden und gegen die Volkszählung gekämpft.

(Allgemeine lebhafteste Zustimmung)

Von denjenigen, die die Volkszählung mit völlig dämlichen Argumenten, wie ich finde, verhindert haben - da wurde manches für

(Soénius (CDU))

- (A) schützenswert erklärt, was im Telefonbuch steht; das war gar nicht der Sinn der Sache, hier etwas zu schützen, ganz im Gegenteil -, steht manch einer in der Front und beklagt die Wohnungsnot. Hätten wir die Daten früher gehabt, hätte vielleicht auch der eine oder andere, der sich nicht so intensiv mit der Materie beschäftigt, mitgezogen und dazu beigetragen, daß wir im Wohnungsbau eine größere Kontinuität hatten.

Meine Hoffnung ist, daß der Schock so nachhaltig ist, daß wir in der Zukunft unabhängig von Konjunkturen und Krisen das, was ein Sozialstaat - ich wiederhole das - tun muß, auch tun können, nämlich die Rahmenbedingungen für kontinuierlichen Wohnungsbau zu schaffen und für das Wohnumfeld zu sorgen. Das beinhaltet, daß der Staat verpflichtet ist - zu einem Teil jedenfalls -, eine öffentliche Förderung durchzuführen.

Nun ist im Bund sehr viel geschehen. Wir haben ja jetzt auch im Landtag Nordrhein-Westfalen das Instrument der Aktuellen Stunden entdeckt. Es gibt nichts an Fehlern, was man nicht nachmachen kann. Die Fehler des Deutschen Bundestages haben wir, obwohl wir hier nur drei Fraktionen sind - dort sind es vier; ich habe gedacht, es läge dort an der vierten Fraktion -, übernommen. Wir wissen schon drei Wochen im voraus, was aktuell ist.

(Frau Friebe (SPD) (lachend): Das liegt an der dritten Fraktion!)

- (B) - Aber Sie machen es mit. Lassen Sie mich das nicht weiter vertiefen; ich will es auch nur anmerken, weil es manchmal wenigstens einen gewissen Unterhaltungswert hat, wenn es auch nichts bewegt.

Also, im Bund ist sehr viel geschehen; darüber wird sicher morgen noch zu reden sein. Was dort geschehen ist, sind eigentlich alles Dinge, die versuchen, kurz- und mittelfristig zu greifen. Das ist in der heutigen Situation auch richtig so. Nachholbedarf, Zustrom von außen - dort muß etwas geschehen, auch schon mal unkonventionell.

Ich denke mir, daß dem etwas nachfolgen muß. Und ich glaube auch, daß wir im Bund wie im Land Nordrhein-Westfalen dazu in der Lage sind, nämlich daß, wenn wir das einmal in Gang gesetzt haben und sich gewisse Erfolge abzeichnen, wir uns zusammenfinden, um einmal konzeptionell das auszufüllen - wenn man das teilt, was ich vorhin gesagt habe, daß es Aufgabe des Sozialstaates ist, für kontinuierliches Bauen zu sorgen -, und zwar auch in einer Zeit, in der man Muße dafür hat, in der man nicht unter dem poli-

tischen Druck steht, in der man nicht zu hektischer Aktivität gezwungen wird, obwohl manche Aktivität sich wie hektischer Stillstand ansieht. (C)

Diese Konzeptionen setzen voraus, daß man auch die Mittel dafür zur Verfügung hat. Dieser Gesetzentwurf schafft die Voraussetzungen dazu, indem er das Landeswohnungsbauvermögen auf Dauer sichert. Das gibt auch den Rückhalt, Konzeptionen miteinander einmal zu besprechen. Es ist heute nicht der Ort, das zu tun.

Wir haben den Wohnungswirtschaftlichen Bericht 1989 vorliegen. Ich denke, den sollten wir noch in dieser Legislaturperiode nutzen, um einmal eine umfangreichere Debatte auch anhand der dort vorgetragenen Fakten zu führen, miteinander über die besten Konzeptionen zu streiten. Die Grundlage dafür ist, wie gesagt, das Landeswohnungsbauvermögen.

Von daher ist es selbstverständlich, daß wir, auch nach der Beratung im Ausschuß, diesem Gesetzentwurf unsere Zustimmung geben. Dabei schließe ich mich den Worten des Kollegen Trabalski unter Umformulierung des Wortes "SPD" in "CDU" an.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Dr. Klose: Als nächster Redner spricht Herr Abg. Kuhl für die Fraktion der F.D.P.

Kuhl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Trabalski, zu Ihrer Bemerkung in der Mitte Ihrer Rede, das Landeswohnungsbauvermögen sei auf 22 Milliarden DM gestiegen! Das ist eine schöne Leistung ohne dieses Gesetz, das wir heute in zweiter Lesung beraten. Es war also nicht notwendig, dieses Gesetz zu haben. Das Landeswohnungsbauvermögen ist trotzdem gestiegen. (D)

Was mich nach wie vor stört - ich sage das immer wieder -: Wir wissen, daß der Landeshaushalt derzeit circa 66 Milliarden DM umfaßt. Das Landeswohnungsbauvermögen macht ein Drittel dieser Summe aus, nämlich 22 Milliarden DM.

(Wolf (SPD): Aber nicht cash!)

- Das ist richtig, nicht cash, Herr Kollege Wolf, aber dieses Vermögen ist insgesamt vorhanden. - Das heißt mit anderen Worten, 22 Milliarden DM werden im Grunde dem Budgetrecht des Landtags entzogen.

Ich will noch eine Bemerkung zu Ihrem Vorschlag machen, Herr Kollege Trabalski. Ich

(Kuhl (F.D.P.))

- (A) will nicht im einzelnen darauf eingehen, aber ich fand das sehr gut; denn Sie haben im Grunde genommen den nächsten Tagesordnungspunkt schon ein wenig vorweggenommen, nämlich den Antrag der F.D.P. "Mehr Wohnungen für Nordrhein-Westfalen". Ich freue mich insofern; denn wenn dies Meinung Ihrer Fraktion ist, werden Sie aller Wahrscheinlichkeit nach dem Antrag der F.D.P. zustimmen - es sei denn, es findet innerhalb der nächsten zehn Minuten ein großer Wandel bei der SPD-Fraktion statt.

Lassen Sie mich nicht auf den Gesetzentwurf direkt, aber auf die erste Lesung des Gesetzentwurfes eingehen; und zwar ganz unmittelbar, wobei ich noch eine Bemerkung zwischenschieben will. Auf meine Fragen nämlich in der Ausschußberatung - das war ja auch interessant -, an der der Minister nicht teilgenommen hat, aber zumindest sein Staatssekretär, war der Staatssekretär nicht in der Lage, das Landeswohnungsbauvermögen zu beziffern. Er konnte mir auf meine Frage, wie hoch es denn nun sei, nichts sagen. Er verwies auf einen Bericht, und zwar auf den Jahresbericht der WFA.

(Zuruf von der CDU: Nachlesen!)

- (B) Natürlich kann man das nachlesen, was Ende 1988 war. Nur: Wir schreiben jetzt 1989, das heißt wir schreiben November, also elf Monate später, und da bin ich schon der Auffassung, daß die Landesregierung einem Parlamentarier sagen muß, wie hoch denn dieses Landeswohnungsbauvermögen im November 1989 ist. Wenn sie das nicht kann - na ja. Ich will mich dazu nicht weiter äußern, aber es war schon etwas merkwürdig. Der Kollege Soénius hat ja dann zumindest den Staatssekretär im Rechnen belehrt und ihm gesagt, wie man es rechnen kann. Das war ja hilfreich, aber es hat trotzdem nicht geholfen. Das war das Problem, Herr Soénius.

Aber wenn ich gerade gesagt habe, ich wollte noch einmal an die Ausführungen bei der ersten Lesung anschließen, dann denke ich an die Eskapaden des Ministers Dr. Zöpel hier im Plenum am 18.10., wo er ja in einem Anflug politischer Hysterie der F.D.P. Illiberalität auf eine Art und Weise unterstellt hat, von der ich denke, daß er sich vielleicht doch noch bei meinem Kollegen Tschoeltsch dafür entschuldigen wird.

(Schultz (SPD): Dafür ist gar kein Grund.)

- Doch, dafür gibt es einen Grund. Denn das, was er meinem Kollegen Tschoeltsch vorgehalten hat, hat dieser nie gesagt. Das ist der erste Punkt.

- (C) Zweitens: Wenn wir vorgeschlagen haben, und wir werden das nachher ja noch einmal diskutieren, Ferienwohnungen anzumieten - zu mieten; darauf lege ich immer wieder Wert, wir haben nie von Beschlagnahme gesprochen, sondern von anmieten, von marktwirtschaftlich handeln -, dann halte ich dies nicht für illiberal, zumal die Landesregierung selber, ihr Kollege Heinemann, davon inzwischen auch spricht. Er hat sich da auch die Gedanken der F.D.P. inzwischen zunutze gemacht. Ich finde das auch ganz gut. Nur das dann als illiberal zu bezeichnen - ich weiß nicht, ob das so richtig ist.

Wie gesagt: Es kommt uns nach wie vor auf den Markt an. Ich betone das: auf den Markt, nicht auf die Bewirtschaftung. Denn der Begriff des Marktes ist auch verknüpft mit dem Begriff Freiheit - Freiheit nämlich der Marktteilnehmer, die sich auf diesem Markt bewegen, die die Freiheit haben zu agieren und zu reagieren, und nicht nur auf die Kräfte des Marktes - jetzt sage ich etwas, was Ihnen vielleicht entgegenkommt -, sondern auch auf staatliche Anreize. Auch darauf hat der Marktteilnehmer die Chance, reagieren zu können. Wir kennen diese Verfahren aus sehr, sehr vielen Bereichen der Beschäftigungspolitik, aus der Arbeitspolitik, aus der Bauwirtschaft und aus anderem mehr.

Liberales Politiker, wie auch Willi Weyer, haben ja daran mitgearbeitet und erheblich mitgewirkt, daß dieses Landeswohnungsbauvermögen inzwischen die stolze Summe von 22 Milliarden DM ausmacht. Das ist auch - ich erinnere mich an die erste Lesung zu diesem Gesetz - von Rednern der beiden anderen Fraktionen hier im Hause bestätigt worden.

(D) Aber ich glaube, es ist ein großer, fundamentaler Unterschied, wenn nämlich Willi Weyer seinerzeit ein Instrument zur Lösung der Probleme in seiner Zeit entwickelt hat und wenn dieses Instrument, 20 Jahre alt, dann von dem heutigen Minister nur fortgeführt wird, ohne daß eben dort neue Ideen hineingebracht werden. Wir wissen alle, daß die ungleichen Entwicklungen des Wohnungsmarktes, in dem sich ja Leerstände und auch der Mangel relativ schnell gerade in der letzten Zeit abgelöst haben, vielerlei Ursachen haben. Dieser Herausforderung muß man mit einer flexiblen und intelligenten Politik begegnen. Ich habe durchaus den Eindruck, daß sich gerade Minister Dr. Zöpel dieser Einsicht verschließt, wenn er auch, wie bei der Einführung des Gesetzes am 18.10., sehr deutlich darauf abgehoben hat, daß die Wohnfläche der Bürger pro Kopf um einen halben Quadratmeter per anno wächst. Die Zahlen, die mir vorliegen, gehen sogar noch ein Stück

(Kuhl (F.D.P.))

- (A) weiter, nämlich ein Quadratmeter per anno. Einigen wir uns auf drei Viertel. Aber dies ist eben nicht der einzige Punkt. Es gibt eine ganze Reihe von weiteren Aspekten. Aber wir werden darauf in der nächsten Debatte - ich denke, auch morgen in einer weiteren Debatte - noch zu sprechen kommen.

Nach Auffassung der F.D.P. braucht daher der Wohnungsmarkt eine Politik, die Flexibilität fördert. Auch die Förderung des experimentellen Wohnungsbaus gehört nach unserer Auffassung ganz extrem dazu. Ich denke, es ist interessant, daß eine Wohnungspolitik, die allein auf die Vermehrung des Wohnraums in einem gewissen Prozentsatz pro Jahr ausgerichtet ist, dem alten sozialistischen Tonnendenken entspricht. Aber das hat ja auch dort, wo der real existierende Sozialismus noch vorhanden ist, nicht funktioniert. Wir erleben das auch heute täglich, wenn wir über die Grenze in die DDR hineinschauen, denn das kann nur funktionieren in einem insgesamt und grundsätzlich marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftssystem, also in einer freien Gesellschaft.

Sie, Herr Minister, haben bei der Einbringung zu Recht gesagt, daß es stinklangweilig sei - so haben Sie sich ausgedrückt -, unablässig die Schuld zwischen Bund und Ländern hin- und herzuschieben. Nichts anderes tun allerdings Ihre Kollegen. Das haben wir auch gestern und heute ständig wieder gehört. Gestern abend in "Mittwochs in" hat Kollege Heinemann, Ihr Ministerkollege, nichts anderes getan, als alle Schuld nach Bonn zu schieben, anstatt endlich einmal danke zu sagen, daß da ein Programm von 8 Milliarden DM entwickelt worden ist, was hier nach Nordrhein-Westfalen zu erheblichen Teilen hineinfließt.

- (B) Sie haben auch gesagt, daß es genauso stinklangweilig sei, Ideen zu produzieren, die dann nichts bringen. Auch dem stimme ich vorbehaltlos zu. Aber was wir brauchen, sind eben Ideen, die etwas bringen, Ideen, die etwas bewegen.

(Wolf (SPD): Zu wenig bei Ihnen zur Zeit.)

- Nein, wir werden ja im nächsten Punkt darüber diskutieren, Kollege Wolf. Dann werden wir Ihnen dazu noch einiges sagen; ich will das jetzt nicht in dieser Runde vorwegnehmen.

Aber diese Ideen sind es eben, die die SPD-Landesregierung bisher schuldig geblieben ist. Das ist das Problem, denn ich muß auch mal nach Bonn gucken. Wie sonst soll ich

denn den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion verstehen, die Überführung der Wohnungsgemeinnützigkeit in den allgemeinen Wohnungsmarkt noch einmal um drei Jahre zu verschieben? Die Wohnungswirtschaft, selbst die gemeinnützige Wohnungswirtschaft in Nordrhein-Westfalen, konnte mit diesem Antrag nicht viel anfangen, denn sie hat sich ja schon darauf eingestellt, daß es anders laufen wird. Ich denke, das ist auch gut so.

Von Wohnungsunternehmern können wir erwarten, daß sie Wohnraum schaffen. Dazu ist die Freisetzung des qualitativ und quantitativ hochwertigen Potentials in den bisher gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen unverzichtbar. Ich sage das ganz deutlich; wir brauchen sie dringend.

In der Vergangenheit ist besonders in Nordrhein-Westfalen bei der Planung vieles wirtschaftlich Vernünftige unter diesem Kriterium der Gemeinnützigkeit stark reguliert und stranguliert worden. Vieles blieb bürokratisch auf der Strecke.

(Schultz (SPD): Bla, bla, bla!)

Uns kommt es darauf an, auch beim Landeswohnungsbauvermögen, einmal zu prüfen - ich denke, daß diese Frage erlaubt sein muß -, ob denn nicht bei gleichen Mittelansätzen und anderen Organisationsverfahren - darüber muß man ja schließlich einmal nachdenken - nicht für die Mieter und damit auch für die Wohnungssuchenden viel mehr getan und erreicht werden kann. Darauf kommt es uns als F.D.P.-Fraktion an.

Ich will Ihnen jetzt nicht die wohnungsbaupolitischen Beschlüsse der Bonner Koalition vorhalten; ich denke, Sie kennen sie. Aber, Herr Minister, ich komme auf Ihre Worte zurück, daß Sie es immer langweiliger fänden, unablässig zwischen Bund und Land hin- und herzureden, wer denn nun an der Misere des fehlenden Wohnungsbaus - das ist ein anderer Punkt als der, den ich gerade angesprochen habe - schuld sei. Langweilig ist das insofern, als es beim Land eben keine Initiativen gibt. Man muß ja auch einmal die Kontinuität sehen, die im Wohnungsbau eigentlich vonnöten ist. Wenn wir an Kontinuität denken, erinnere ich mich immer an den Landtagswahlkampf 1985. Da ging es um das mehrjährige Wohnungsbauprogramm, das nicht in der Form zur Ausführung gekommen ist. Damit hätte man Kontinuität beweisen können; dies ist allerdings nicht geschehen.

Meine Damen und Herren, man hätte vielleicht auch erwarten können, daß von der nordrhein-westfälischen Landesregierung, vom Baumin-

(C)

(D)

(Kuhl (F.D.P.))

- (A) ster, eine Stellungnahme zu den Ausführungen des Kammerpräsidenten Boy abgegeben worden wäre. Er hat ja gesagt, Beschleunigungen am Bau ließen sich erreichen, wenn z.B. der staatliche Bau - der Verwaltungsbau und andere Dinge - einmal zurückgestellt würde, um die notwendigen Kapazitäten der Bauwirtschaft für den Wohnungsbau freizumachen. Das ist eine interessante Variante, über die man nach meiner Meinung reden muß. Ob sie zu dem Erfolg führt, weiß ich nicht; aber man sollte vielleicht einmal darüber reden.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Kuhl, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Wolf?

(Kuhl (F.D.P.): Von Herrn Kollegen Wolf erlaube ich sie grundsätzlich.)

- Bitte schön!

Wolf (SPD): Herr Kollege Kuhl, bewerten Sie es als Höchstmaß von Kontinuität, wenn der Bund 1985 noch im Haushalt rund 1 Milliarde DM für die Förderung öffentlichen Wohnraums veranschlagt hat, in seiner mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 1991 aber nur noch 150 Millionen DM einsetzt, also nur noch rund 10 % von dem, was vor vier Jahren geplant war? Ist das für Sie Kontinuität?

- (B) Kuhl (F.D.P.): Herr Kollege Wolf, ich bin dankbar für die Frage, denn ich hätte das Thema nie angesprochen. Aber Sie wollen es ja nicht anders.

1984 haben Minister Dr. Christoph Zöpel und der Ministerpräsident dieses Landes, Johannes Rau, gemeinsam mit den Ministerpräsidenten aller anderen Bundesländer, auch der CDU-regierten, eine Vereinbarung unterschrieben, die schlicht und einfach besagte, der Bund solle sich aus dem Wohnungsbau heraushalten.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Das muß man sich dabei immer wieder vor Augen führen.

(Minister Einert: Das ist falsch. Das ist nur die Hälfte der Wahrheit, Herr Kollege! - Abg. Schultz (SPD) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Nein, das ist nicht die Hälfte der Wahrheit, es ist unterschrieben worden.

(Minister Einert: Das ist falsch!)

(C) - Nein, Herr Minister Einert, ich weiß auch, daß die Länder gesagt haben, daß der Bund sich aus dem Finanziellen nicht heraushalten dürfe. Insofern will ich Ihnen das gerne zugeben; sie wollten den Ausgleich.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege, ich muß Sie noch einmal unterbrechen.

Kuhl (F.D.P.): Einen Moment, Herr Präsident! Ich möchte den Gedanken zu Ende führen.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wenn jemand Gelder für etwas bezahlen will, dann will er auch bestimmen, was mit diesem Geld geschieht. Wenn ich irgend jemandem Geld für eine Maßnahme gebe, aber nicht weiß, wofür es letztendlich ausgegeben wird, dann sage ich auch: "Dafür gebe ich kein Geld; es sei denn, du sagst mir, was du mit dem Geld machst."

Vizepräsident Dr. Klose: Wollen Sie jetzt die Zwischenfrage zulassen? - Ja, bitte schön, Herr Kollege Schultz!

Schultz (SPD): Herr Kollege Kuhl, sind Sie denn bereit, mir zu bestätigen, daß der Bund justament den von Minister Einert geforderten Mittelausgleich nicht geleistet hat und daß deshalb der Bund seinen Teil der Vereinbarung schuldig geblieben ist?

(Minister Einert: Und deshalb gar keine Unterschrift zustande gekommen ist!)

(D) Kuhl (F.D.P.): Der Bund ist seinen Anteil nicht schuldig geblieben. Schauen Sie sich nur an, was in den letzten Jahren an Bundesmitteln hier eingegangen ist! Ich habe das bei den Haushaltsberatungen in den letzten Jahren immer wieder aufgezählt, welche Mittel - ich habe die Zahlen jetzt nicht im Kopf, ich halte das auch für nicht ganz so wesentlich - eigentlich im Einzelplan 11, also in dem Haushalt, über den wir gerade diskutieren, von der Bundesregierung gekommen sind. Ich glaube, vor zwei Jahren waren es insgesamt 6 Milliarden DM. Frei verfügbar hatten wir, glaube ich, nur 2 Milliarden DM. Da waren also viele Bundesmittel enthalten. Ich gebe zu, da war auch das Wohngeld dabei - völlig richtig -, und viele andere Dinge auch.

(Schultz (SPD): Das sind doch gesetzliche Verpflichtungen! Null für Mietwohnungsbau! Null!)

Aber dies alles muß man mit berücksichtigen. Ohne das Wohngeld hätten wir heute eine schlimme Situation in diesem Lande. Die Bundesregierung bereitet gerade die

(Kuhl (F.D.P.))

- (A) 7. Wohngeldnovelle vor; dafür können wir dankbar sein.

Aber ich will zum Thema zurückkommen, weil ich jetzt auch sehe, daß meine Redezeit leider beendet ist.

Meine Damen und Herren, ein Gesetzentwurf zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes, der nur die Zuführung von Haushaltsmitteln in das Wohnungsbauvermögen regelt und ausdrücklich erklärt, es gebe keine Alternativen, genügt den Anforderungen einer zeitgemäßen Wohnungsbauförderung nicht. Wir lehnen ihn ab, weil Wohnungssuchende eine Politik erwarten, mit der man schnell, flexibel und unbürokratisch neue Wohnungen schafft; das ist für uns liberale Wohnungspolitik. Diesem Gesetzentwurf können wir nicht zustimmen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Doppmeier zu einem weiteren Redebeitrag, bitte schön!

- (B) Doppmeier*) (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will nur noch eine Bemerkung machen: In der allgemeinen Begründung dieses Gesetzesentwurfes heißt es, "Das Landeswohnungsbauvermögen soll in seinem Bestand langfristig für die Wohnungsbauförderung gesichert werden." In dem Ziel sind wir uns alle einig. Der Herr Kollege Soénius hat das ja in seinem Beitrag deutlich gemacht.

Jetzt ist der Städte- und Wohnungsbauminister dieses Landes, Herr Kollege Zöpel, in der mißlichen Situation, daß er die Hilfe des Landtags braucht, weil er offensichtlich einige uneinsichtige Kabinettskollegen hat - namentlich wohl den Finanzminister, der im Moment nicht anwesend ist -, weil er sich nur so in den Stand versetzen kann, das Landeswohnungsbauvermögen im Bestand langfristig zu sichern.

Es ist geradezu ein Witz, aber notwendig - darin unterscheide ich mich vom Kollegen Kuhl -, daß ein Gesetz erforderlich ist, um den Wohnungsbauminister, der das Wohnungsbauvermögen ja verantwortlich verwaltet, vor dem Zugriff des Finanzministers zu schützen.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Wolf?

(Doppmeier (CDU): Ja, gerne, Herr Kollege.)

- Bitte sehr.

- (C) Wolf (SPD): Herr Kollege Doppmeier, wir haben hier einen Gesetzentwurf. Stimmen Sie mir zu, daß ein Gesetzentwurf von der Landesregierung auf einem Beschluß des Kabinetts beruht, so daß alle Mitglieder des Kabinetts dem zugestimmt haben?

Stimmen Sie mir - zweitens - zu, daß das Verhältnis zwischen Herrn Zöpel und Herrn Schleißer möglicherweise dem entspricht, das Sie mit Herrn Schauerte haben?

(Minister Dr. Zöpel: Das dementiere ich entschieden!)

Doppmeier*) (CDU): Also, Herr Kollege, ich wollte es hier gar nicht auf die Spitze treiben. Aber das, was Sie jetzt gerade in Ihrer Frage als Tatbestand beschrieben haben, das macht ja die Perversion des Denkens im Kabinett in dieser Frage überdeutlich.

(Beifall bei der CDU - Abg. Schultz (SPD) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Selbstverständlich, Herr Kollege Schultz, wenn es die Frau Präsidentin gestattet.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Schultz, Sie möchten eine Zwischenfrage stellen? - Es ist genehmigt; bitte schön.

- (D) Schultz (SPD): Herr Kollege Doppmeier, könnte es auch sein, daß der Gesetzentwurf zum Ziel hat, das Landeswohnungsbauvermögen vor dem Zugriff gewisser Oppositionspolitiker, die auch hier im Saale sind, zu schützen, die in der Vergangenheit ja mehrfach eine Fremdverwertung des Wohnungsbauvermögens offiziell gefordert haben?

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Doppmeier*) (CDU): Es ist immerhin ein bemerkenswerter Vorgang, daß Sie damit dokumentieren, daß die Opposition aus der Minderheitenposition erhebliche Einwirkungsmöglichkeiten hat. Für diese Feststellung bedanke ich mich bei Ihnen ausdrücklich.

(Wolf (SPD): Dank Ihrer schlagkräftigen Argumentation!)

Frau Präsidentin, ich möchte jetzt nur noch meinen Schlußsatz anbringen. Ich halte fest:

Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine Landesregierung

(Demonstrativer Beifall des Abg. Wolf (SPD))

(Doppmeier (CDU))

(A) die einen Städtebauminister hat, der

(Schulz (SPD): Sehr erfolgreich ist!)

schon seit längerem beklagt, nicht genügend Geld über den Landeshaushalt zur Verfügung gestellt bekommen zu haben.

Das ist ein Städtebauminister, der auf unsere Einwendungen - es war vor allen Dingen auch der Kollege Heinz Soénius, der das beispielsweise im Verwaltungsrat der Wohnungsbauförderungsanstalt schon vor Jahren getan hat - zugegeben hat - vielleicht haben wir ihn auch erst auf die Idee gebracht -, daß das mit der Plünderung des Wohnungsbauvermögens so nicht weitergehen kann. Das waren ja diese Etappen.

Es waren immer die Finanzminister - der Vorgänger von Herrn Schleißer, aber auch Herr Minister Schleißer selbst -, die dem Minister nicht das gaben, was er jedenfalls uns gegenüber so bekundet hatte, was er für dringend notwendig hielt.

Jetzt brauchen wir ein Gesetz; und dieses Gesetz hat das Kabinett auch noch einstimmig - man stelle sich vor: einstimmig! - zum Schutze des Landeswohnungsbauvermögens - so steht es im Gesetz - beschlossen. In Wirklichkeit ist das aber nichts anderes als ein Gesetz zum Schutz des Landeswohnungsbauministers.

(B) Meine Damen und Herren, es ist pervers, was hier abläuft. Aber das Gesetz ist notwendig, und deshalb stimmen wir ihm zu. - Danke schön.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Danke schön. - Für die Landesregierung erteile ich das Wort dem Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Herrn Dr. Zöpel.

Dr. Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Schutz des derzeitigen Wohnungsbauministers ist voll gewährleistet. Er hat keinerlei Gründe, einen zusätzlichen zu bekommen. Ich will deshalb an dieser Stelle nur zu zwei Punkten, die das Verhalten der Landesregierung in Gänze angehen, etwas sagen und vielleicht beim nächsten Punkt noch einige weitere Bemerkungen zu dem Gesamtzusammenhang machen.

In der Debatte über die Einbringung dieses Gesetzentwurfes respektive in der damit verbundenen Debatte über weitere Tagesordnungspunkte habe ich eines deutlich gesagt,

daß die derzeitige Situation der Wohnungsver-sorgung in der Bundesrepublik und damit auch in Nordrhein-Westfalen und die Ein-sichten über die Fehleinschätzungen in den vergangenen Jahren nur dann gelöst werden könnten, wenn sich Bund und Länder gemein-sam auf ein weitgehend abgestimmtes Ver-halten verständigen würden. (C)

Eine solche Abstimmung dürfte nur dann möglich sein, wenn akzeptiert wird, daß der Neubau von Wohnungen sowohl - und das in der Mehrzahl - in Form von frei finanzierten Wohnungen - seien es Mietwohnungen oder Eigenheime - wie auch durch öffentlich ge-förderte Mietwohnungen und Eigenheime zustande käme. Das ist die Grundlage all dessen, was die Landesregierung derzeit tut und ich bis zum Ende der Legislaturperiode noch etwas weiterbringen möchte.

Diese Änderung des Wohnungsbaugesetzes ist ein kleiner, ganz kleiner Schritt auf diesem Wege, und mich freut es, daß die ganze Landesregierung, insbesondere mein Kollege Heinz Schleißer, wie auch der allergrößte Teil des Landtags sehen, daß diese Änderung des Gesetzes über die Wohnungsbauförderung ein kleiner Stein ist, der dazu beiträgt, daß für eine lange Periode öffentlich geförderter Wohnungsbau möglich ist. Nicht mehr und nicht weniger tun wir hier.

Es ist nicht nötig, irgendeinen Minister zu schützen. Es ist in der Tat nötig - das sollte man offen sagen -, daß all diejenigen - da hat Herr Kollege Soénius die richtigen Worte gefunden -, die den öffentlich geförderten Wohnungsbau einstellen wollten, und zwar, wie ich glaube, geleitet aus zwei Gründen, nämlich die Redlichen aus der Sorge um die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates und die Vordergründigen, weil man Politik nur noch mit Argumenten macht, deren Wirkung maximal eine Woche in die Zukunft bedacht wird - das waren die beiden Gründe, die zu der Entwicklung geführt haben -, daß die nun einsehen: Wir brauchen dauerhaft sozialen Wohnungsbau. - Ein kleines Steinchen dazu! (D)

Auch ansonsten haben wir kleine Fortschritte. Daß die Bundesregierung nun eine mittelfristige Finanzplanung vorlegt, in der zu-mindest vom Grunde her über mehrere Jahre der öffentlich geförderte Wohnungsbau ge-sichert werden soll, ist ein weiteres Steinchen dahin, um das die Landesregierung sich sehr bemüht.

Es ist traurig, wenn es weiterhin nicht ge-lingt, daß sich die verantwortlichen Minister rechtzeitig über ein abgestimmtes Verhalten

(Minister Dr. Zöpel)

- (A) verständigen. Es ist schon ein kleiner Fortschritt, daß alle Länder und die Bundesregierung zur Vorbereitung der Beschlüsse der Bundesregierung ihre fachlich zuständigen leitenden Beamten zumindest zusammenkommen lassen. Das ist auf unseren Vorschlag hin geschehen. Es ist aber gleichgültig, wer den Vorschlag macht; es hat stattgefunden. Das ist ein kleiner Fortschritt.

Ich habe einen Verdacht - den will ich hier aussprechen -, daß die Bundesregierung aus einem Grunde daran gehindert ist, zu diesem notwendigen Konsens zwischen Bundesregierung und allen Landesregierungen zu kommen, und der liegt auch hier auf dem Tisch, nämlich in der Ablehnung des sozialen Wohnungsbaues durch die F.D.P. Wer in dieser Situation nicht akzeptiert, daß dieser kleine Schritt getan werden muß, und das Gesetz ablehnt, dokumentiert - was man ja auch in Reden nachlesen kann; was nichts moralisch Verwerfliches ist, Herr Kollege Kuhl, das aber politisch so bewertet werden muß -, daß die derzeitige Bundesregierung wegen dieses kleineren Koalitionspartners nicht in der Lage ist, eine Wohnungsbaupolitik, abgestimmt zwischen Bund und Ländern, zu betreiben.

(Beifall bei der SPD)

- (B) So stellt sich mir das ganz eindeutig dar. Die Versuche der F.D.P., weiterhin zu verhindern, daß es für längere Perioden sozialen Wohnungsbau gibt, sind in Bund und Land offenkundig. Das muß man sehen, und solange man von einer solchen kleinen Partei abhängig ist - das sage ich zu den Kollegen von der CDU -, ist es manchmal schwierig, das Vernünftige zu tun. Das offenbart sich hier ganz eindeutig für die Bundesrepublik. - Das war der eine Punkt.

Der zweite Punkt! Und da habe ich nun die herzliche Bitte - es ist schon traurig, daß das immer wieder gebetsmühlenhaft wiederholt wird -, Abstand zu nehmen von der abwegigen These, die Länder hätten den Bund aufgefordert, sich aus der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaues zurückzuziehen. Richtig ist etwas anderes: daß alle Länder, von Bayern bis Schleswig-Holstein - das war jetzt die alphabetische Reihenfolge; wir können aber auch sagen: von Bremen bis Baden-Württemberg; das ist eine andere Aufzählung; jetzt können wir alle anderen Länder auch noch nehmen -, der Auffassung waren, daß es zu einer veränderten und bereinigten Aufgabenverteilung im Wohnungsbau kommen sollte, daß es großen Konsens gibt, daß Wohngeld und Wohnungsbauprämien und, fast selbstredend, steuerliche Regelungen in der Bundeskompetenz liegen sollten

und der soziale Wohnungsbau in der alleinigen Kompetenz der Länder. Das war in der Tat Konsens. (C)

Ich könnte Ihnen noch breit erzählen, warum das sinnvoll ist. Wenn Sie das teilweise konträre Ineinanderwirken von Bestimmungen zur Ausführung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Kompetenz entweder der Länder oder des Bundes sehen, können Sie nur zu dem Ergebnis kommen, daß man das - das war immer mein größeres Anliegen - einmal rechtlich bereinigen müßte. Darin waren sich alle Länder einig.

Genauso bestand aber Übereinstimmung darüber, daß man diese Lösung der Übertragung der finanziellen wie der rechtlichen Kompetenz auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaus an die Länder nur vornehmen könnte, wenn im Rahmen des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern entsprechende Kompensationen getroffen würden.

Und die Länderbauminister waren sehr sorgfältig bei dem Bedenken, was denn diese Kompensationen sein könnten. Damit das nun vielleicht doch das Licht einer leicht erweiterten politischen Öffentlichkeit, zumindest dieses Landtags, erreicht, erlauben Sie mir bitte - Frau Präsidentin, ich bitte förmlich um die Zustimmung -, den einstimmigen Beschluß der Bauministerkonferenz vom 24. April 1985 zu zitieren! Da haben wir uns intensiv damit beschäftigt und haben nach dem Grundsatz, daß ein finanzieller Ausgleich getroffen werden müsse, festgelegt: (D)

In die Ausgleichsmasse geht der Jahresdurchschnitt der Bewilligungsrahmen der Bundeshaushalte 1981 bis 1985 (5 Jahre) ein.

Zur Ausgleichsmasse gehören ferner (jeweils der Nachjahresdurchschnitt der jeweiligen Referenzperiode),

- die Finanzhilfen, die der Bund den Ländern in den Jahren 1981 bis 1985 in Sonderprogrammen zur Förderung des Wohnungsbaues,
- von 1977 bis 1981 (5 Jahre) zur Förderung der Wohnungsmodernisierung,
- von 1977 bis 1981 (5 Jahre) zur Förderung der Energieeinsparung,
- von 1976 bis 1980 (5 Jahre) für die Förderung des Studentenwohnraumbaus,
- von 1981 bis 1985 im Rahmen des experimentellen Wohnungs- und Städtebaues (ohne Forschung) zugewiesen hat.

Ich verlese Ihnen das hier in dieser Ausführlichkeit, weil nicht nur so dahingesagt

(Minister Dr. Zöpel)

- (A) wird, dann müßten die Länder aber Geld bekommen, sondern die Bauminister haben ihren Vorschlag, zu dieser Kompetenzbereinigung zwischen Bund und Ländern zu kommen, im rechtlichen wie im finanziellen Bereich sehr detailliert hinsichtlich der Finanzmasse durchgerechnet und damit auch dargestellt, welche Handlungsfelder es nach der Vorstellung der Bauminister in der Bundesrepublik geben müßte - also auch Modernisierung, also auch Energieeinsparung - und die von den Ländern getragen werden könnten, finanziell und von der Rechtskompetenz her, wenn Ausgleichszahlungen in dieser Höhe im Rahmen des Bundesländer-Finanzausgleichs da wären. Das ist wirklich alles aktenkundig.

Ich habe die herzliche Bitte, auch um nicht immer die Ministerpräsidenten und meine Kollegen in Bayern, Baden-Württemberg usw. in die Pfanne zu hauen - es ist unfair, daß Sie das tun, denn es sind überwiegend sehr kompetente Kollegen, die dort tätig sind -, daß Sie wirklich davon absehen, ihnen immer vorzuwerfen, daß sie zu Lasten dieser Länder auf Geld verzichtet hätten. Ich tue das sowieso nicht, das wollte ich zum Schluß sagen.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie - ach, jetzt sind Sie fertig? -

(Minister Dr. Zöpel: Jetzt bin ich fertig, ich kann aber noch, wenn Sie es gestatten, die Frage von Herrn Kollegen Doppmeier beantworten.)

(B)

eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Doppmeier, der sich schon etwas früher gemeldet hat?

(Zustimmung des Ministers Dr. Zöpel)

Doppmeier*) (CDU): Das ist jetzt gewissermaßen eine Nachfrage, keine Zwischenfrage. - Herr Minister, Sie haben aus dem Protokoll zitiert. Zu welcher Summe sind denn damals die Minister gekommen?

Dr. Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr: Ich kann Ihnen die Summe jetzt nicht verantwortlich aus dem Kopf sagen. Ich reiche es Ihnen gern nach.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen empfiehlt

- in seiner Beschlußempfehlung Drucksache 10/4845, den Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert anzunehmen. Wer dieser Empfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Dann darf ich feststellen, daß der Gesetzentwurf in zweiter Lesung mit den Stimmen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der F.D.P. verabschiedet wurde. (C)

Ich rufe Punkt 9 der Tagesordnung auf:

Mehr Wohnraum für Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 10/4797 (Neudruck)

Zur Begründung des Antrags der F.D.P. erteile ich Herrn Abg. Kuhl das Wort.

Kuhl (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was ich vorhin in der Debatte zu Punkt acht der Tagesordnung gesagt habe, werde ich nun fortsetzen. Wir haben einen Antrag als F.D.P.-Landtagsfraktion heute eingebracht, um noch einmal deutlich zu machen, wie sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen darstellt und wie man vielleicht Aspekte finden kann, sie zu bewältigen.

Wir wissen, daß wir in Nordrhein-Westfalen - ich denke, das ist völlig unbestritten - einen strukturellen und regionalen Wohnungsmangel haben, der sich sehr unterschiedlich darstellt. In den Großstädten haben wir inzwischen Verhältnisse, die in der Tat sehr schwierig sind. Diese Situation wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach in den nächsten Monaten weiter verschärfen. (D)

Zustandegekommen ist dieser Wohnungsmangel einmal dadurch, daß immer mehr junge Leute frühzeitig aus dem Elternhaus herausgehen, frühzeitig in die eigene Wohnung hineindrängen, also verstärkt sogenannte Singlehaushalte - sowohl von relativ jungen Menschen, wie aber auch von vielen unserer älteren Mitbürger; die Menschen werden zunehmend älter und verbleiben deshalb logischerweise auch länger in ihren Wohnungen - gebildet werden.

Ein weiterer Aspekt ist der zunehmende Trend zu den Haushalten mit Alleinerziehenden - aus welchen Gründen auch immer. Das will ich hier gar nicht untersuchen.

Zusätzliche Wohnungen in unserem Lande benötigen ebenfalls die Menschen, die sich scheiden lassen. Auch diese Zahl steigt in